



18.06.2010

Nationalrat lehnt Volksinitiative ab

Pressecommuniqué *proTELL* vom 18.06.2010

Wir lassen uns nicht entwaffnen !

***proTELL* begrüsst die Ablehnung der „Volksinitiative „Schutz vor Waffengewalt“ ohne Gegenvorschlag durch den Nationalrat mit 103 zu 66 Stimmen. Der private Waffenbesitz manifestiert das Vertrauen des Staates in den Bürger/Soldaten. Die Volksinitiative bekämpft nicht den Missbrauch. Sie will die Entwaffnung des Volkes.**

proTELL unterstützt alle wirksamen Massnahmen zur Bekämpfung des Waffenmissbrauchs. Mit der geltenden Waffengesetzgebung kann dem Missbrauch wirksam begegnet werden. Die Volksinitiative „Schutz vor Waffengewalt“ will demgegenüber Bürgerinnen und Bürgern die Illusion suggerieren: „Kein privater Waffenbesitz = keine Tötungsdelikte und Suizide“.

Der Waffenmissbrauch liegt nicht im freiheitlichen Waffenbesitz. Ursache ist die gesellschaftliche Entwicklung. Häusliche Gewalt entsteht nicht durch die Verfügbarkeit von Schusswaffen. Sie entspringt dem Zustand der Partnerschaft. Waffenmissbrauch kann nicht mit flächendeckenden Verboten verhindert werden. Wirksame Massnahmen sind die konsequente Anwendung des geltenden Waffenrechts und die Erziehung der Gesellschaft zu verantwortungsbewusstem Umgang mit potentiell gefährlichen Gegenständen.

Der Mensch darf Gegenstände mit Gefährdungspotential wie Maschinen, Messer, Seile, Handwerkszeug, Elektrizität, Gifte und Präparate aller Art benützen. *Eine Verantwortung soll dieser selbstverantwortliche Mensch gemäss der Initiative in Zukunft jedoch nicht mehr tragen dürfen: „eine Schusswaffe zu besitzen, sorgfältig aufzubewahren sowie im Sport und auf der Jagd zu benützen“.*

Die Volksinitiative hat eine ideologische Zielsetzung. Sie will dem Bürger/Soldaten das Vertrauen des Staates in den verantwortungsbewussten Waffenbesitz entziehen. Sie strebt ein staatliches Waffenmonopol an.

proTELL bekämpft mit den Landesverbänden der „Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz“ die Volksinitiative, weil sie gegen Waffenmissbrauch wirkungslos sowie staats- und gesellschaftspolitisch verfehlt ist.